

**Protokoll der 4. Sitzung des Schwul-Lesbischen Runden Tisches Dortmund am 04.09.01, Saal Tremonia**

Beginn: 16.00 Uhr  
Ende: 17.45 Uhr  
Teilnehmer/innenkreis: siehe Anwesenheitsliste (Anlage 1)

Tagesordnung:

1. Protokoll der Sitzung vom 08.05.01
2. Arbeitsstelle Antidiskriminierung der Stadt Münster;  
Gast: Herr Treutler
3. Schwule und Lesben und die Bezüge zur Arbeit des Gesundheitsamtes; Gast. Frau Dr. Düsterhaus, Leiterin des Gesundheitsamtes
4. Bestandsaufnahme zu Kontakten und Zusammenarbeit zwischen schwul-lesbischen Organisationen und der Stadtverwaltung; dazu: Entwurf des Slado mit einer Ergänzung von Schibsel e.V. zu „Beratung von Lesben und Schwulen in Dortmund: eine Bestandsaufnahme“
5. Verschiedenes

**Zu 1.:** Auf Nachfrage aus dem Kreis der Anwesenden zum Fortgang der Arbeit des Personalamts berichtet Herr Heinki, dass es am 01.10.01 erstmals eine Fortbildungsveranstaltung zur Sensibilisierung der Führungskräfte für die Situation schwuler und lesbischer Mitarbeiter/innen der Stadtverwaltung geben wird. Die Einladung zu dieser Veranstaltung liegt dem Protokoll bei (Anlage 2).

**Zu 2.:**

Herr Treutler berichtet zur Vorgeschichte der Arbeitsstelle Antidiskriminierung wie folgt:

Im Januar 1995 wurde auf Antrag von SPD und den Grünen in Münster in Umsetzung eines Kommunalwahlversprechens vom Rat die Einrichtung eines Runden Tisches beschlossen. Der Runde Tisch sollte ein Maßnahmenprogramm gegen die Diskriminierung von Schwulen und Lesben entwickeln und sich grundsätzlich zur Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle sowie zu einer Struktur für eine solche Einrichtung äußern. Im Juli 1995 konstituierte sich der Runde Tisch, an dem Vertreter/innen der drei Ratsfraktionen, 4 Vertreter der schwulen Selbstorganisationen, 4 Vertreterinnen der lesbischen Selbstorganisationen sowie 4 Vertreter/innen der Verwaltung (Sozialdezernentin, Geschäftsführung für den Runde Tisch, das Frauenbüro sowie das Presseamt) regelmäßig teilnahmen. Der Runde Tisch verstand sich als Arbeitsgremium. Die Moderation erfolgte wechselnd durch eine/n Vertreter/in der schwulen bzw. lesbischen Selbstorganisationen, unterstützt durch die Geschäftsführung. Thema am Runde Tisch waren erforderliche Maßnahmen, nicht deren Finanzierung. Das Presseamt hatte auf Basis einer entsprechenden Verständigung der Teilnehmer/innen am Runde Tisch die Aufgabe, jeweils nach den Sitzungen die Essentials der Beratungen in Form einer Presse-

erklärung an die Münsteraner Medien weiterzugeben. Im ersten Schritt wurden in den Beratungen des Runden Tisches die Handlungsfelder definiert, in denen Diskriminierungstatbestände untersucht werden sollten. Nach Vorgespräche mit den Akteur/innen aus diesen Handlungsfeldern wurden dann in den Sitzungen die Bestandsaufnahmen zu den strukturellen Diskriminierungen in den Handlungsfeldern definiert und Maßnahmenvorschläge entwickelt. Durch dieses Verfahren konnte der Runde Tisch eine konstruktive Zusammenarbeit mit den Akteur/innen der Handlungsfelder frei von Vorwurfs- und Abwehrhaltungen entwickeln. Bis Dezember 1996 tagte der Runde Tisch insgesamt 13 Mal und beschloß dann aufgrund des vorliegenden Arbeitsergebnisses seine Selbstauflösung.

Das vom Runden Tisch entwickelte Maßnahmenprogramm wurde vom Rat verabschiedet und von der Arbeitsstelle Antidiskriminierung weiterbearbeitet.

In Übereinstimmung mit den schwul-lesbischen Selbstorganisationen wurde kein Antidiskriminierungsbüro eingerichtet, sondern die Arbeitsstelle Antidiskriminierung, die auf einer „Meso-Ebene“ arbeitet. Die Mitarbeiter/innen verstehen sich nicht als Anwaltsperson im konkreten Einzelfall, sondern leiten bei individuellen Problemsituationen an die Selbstorganisationen weiter. Sie agieren infrastrukturell bzw. strukturell sowohl im Rahmen des Maßnahmenprogramms als auch bei neu definierten strukturellen Diskriminierungen. Die Mitarbeiter/innen haben zudem eine Scharnier- und Dolmetscherfunktionen an der Schnittstelle Verwaltung, Politik und schwul-lesbische Selbstorganisation.

Die zwei Mitarbeiter/innen teilen sich diese Aufgaben auf einer rechnerischen halben Stelle. Sie haben keine Betroffenenkompetenz. Sie verfügen über Verwaltungserfahrung, um die vorab beschriebenen Aufgaben wahrnehmen zu können.

Schwerpunkte der laufenden Arbeit sind: Arbeitswelt, Jugend und Schule sowie Lesbenarbeit. Im Bereich der Lesbenarbeit ist es gelungen, eine Organisationsstruktur der lesbischen Selbstorganisation aufzubauen und Kooperationsprojekte auch unter Beteiligung der Stadt zu initiieren.

Die Arbeit der Arbeitsstelle Antidiskriminierung wird durch einen Begleitkreis aus acht Personen begleitet, der in seiner Struktur der des Runden Tisches entspricht.

Auf Basis von Richtlinien werden von der Arbeitsstelle jährlich 20.000,-- DM für die Projektarbeit vergeben. Dieses Förderprogramm läuft parallel zur Regelförderung einzelner Einrichtungen der schwul-lesbischen Selbstorganisationen.

Entstehungsgeschichte, Selbstverständnis und Arbeitsweise der Arbeitsstelle Antidiskriminierung sind in einer Mappe dokumentiert (Anlage 3 für Fraktionsvertreter/innen sowie die Vertreter/innen der schwul-lesbischen Selbstorganisationen).

Auf Nachfragen der Teilnehmer/innen berichtet Herr Treutler:

Durch den Runden Tisch und die Arbeitsstelle Antidiskriminierung gab es in der Münsteraner Bevölkerung keine verstärkten homophoben Tendenzen. Lesben- und Schwulenpolitik, ist inzwischen ein etabliertes Politikfeld in Münster, dass trotz eines Wechsels der kommunalen Mehrheiten nach der letzten Kommunalwahl eine breite Akzeptanz und Unterstützung im Rat genießt.

Der Fokus der Arbeitsstelle Antidiskriminierung auf Lesben und Schwule war pragmatischen Erwägungen geschuldet. Die Umsetzung der EU-Richtlinie zur Antidiskriminierungsarbeit bezogen auf Migrant/innen ist noch nicht abschließend entschieden.

In der Stadtverwaltung Münster gibt es eine organisierte schwul-lesbische Mitarbeiter/innengruppe.

Die Stadtwerke Essen haben aufgrund der Initiative der dortigen Beschäftigten je eine/n Beauftragte/n für Schwule und Lesben.

Die Arbeitsstelle Antidiskriminierung hat auch Kontakt zu weiteren Behörden in Essen. Prinzipiell fällt unter das Handlungsfeld „Arbeitswelt“ auch die freie Wirtschaft. Hier gab es jedoch keine Resonanz auf eine schriftliche Initiative der Bürgermeisterin, die vorschlug, analog zur Stadt Münster tätig zu werden.

Die Arbeit in den Schulen gestaltet sich schwierig. Initiativen im Bereich Lehrer/innenfortbildung auf kommunaler Ebene und durch die Bezirksregierung Münster laufen; sind aber bezüglich ihrer Wirkungen im schulischen Alltag eher kritisch zu betrachten. Zusätzlich geht die Arbeitsstelle mit Kulturveranstaltungen zum Thema, z.B. Kabarett, in die Schulen, um so lesbisches und schwules Leben von außen zum Thema zu machen.

Die Teilnehmer/innen halten fest, dass angesichts des Berichtes aus Münster das Thema Öffentlichkeitsarbeit gesondert betrachtet werden müsste. Angeregt wird, die bisherige Öffentlichkeitsarbeit durch den Slado in die schwul-lesbische Szenen durch kommunale Öffentlichkeitsarbeit zu ergänzen.

### **Zu 3.:**

Ein Vertreter der AIDS-Hilfe Dortmund e.V. erläutert eingangs, aus welchen Gründen der Wunsch entstanden sei, Frau Dr. Düsterhaus an den Runden Tisch einzuladen. Diese Gründe sind in dem Entwurf einer Bestandsaufnahme dokumentiert (Sicherstellung der HIV- und AIDS-Prävention, die Versorgungssituation von Strichern und die geplante Hepatitis-Impfkampagne des Landes). Zur HIV- und AIDS-Präventionsarbeit werden von den Trägern erwartet, sich um eine kommunale Teilfinanzierung zu bemühen. Daher gehöre dieses Handlungsfeld in das Maßnahmenpaket.

Die Leiterin des Gesundheitsamtes weist auf die bestehende Arbeitsteilung zwischen dem Gesundheitsamt und der Aidshilfe Dortmund hin. Im Rahmen der HIV-Präventionsarbeit in Schulen wird auch, da die Ansteckungswege die gleichen sind, über Hepatitis aufgeklärt. Auf Nachfrage stellt sie fest, dass in diesen Veranstaltungen in Schulen seitens des Gesundheitsamtes initiativ über Homosexualität gesprochen werden und dadurch ein Betrag zur Sexualaufklärung geleistet werde.

Zur Sicherstellung der HIV- und AIDS-Präventionsarbeit weist Frau Dr. Düsterhaus auf die anstehenden Verhandlungen zwischen dem Gesundheitsamt, dem DPWV und der AIDS-Hilfe hin. Die Veränderung in den Landeshaushaltsansätzen sowie veränderte Förderrichtlinien werden dort Gegenstand sein.

Eine Beteiligung des Gesundheitsamtes an einer Hepatitis-B-Impfkampagne sei unproblematisch, wenn der Impfstoff anderweitig finanziert werden könne.

Zur Verbesserung der Versorgungssituation von Strichern in Dortmund seien Gespräche mit dem Jugendamt erforderlich, bevor eine Einschätzung abgegeben werden könne.

**Zu 4.:**

Die Vertreterin des Kulturbüros, Frau Kokoschka, hat zwei Anmerkungen zum vorliegenden Entwurf einer Bestandsaufnahme im Teilbereich Kultur: Aufgrund der Konsolidierungsbemühungen seien die Konzerte im Rathaus als Veranstaltungsreihe entfallen. Einzelveranstaltungen seien weiterhin möglich. Ein Einzelansatz im Bereich der Förderung der Kulturarbeit für schwul-lesbische Kultur läge quer zur Spartenorientierung dieser Förderung. Falls dieser Wunsch bestehen bliebe, müssten die Richtlinien angepaßt werden. In welcher Form auch schwul-lesbische Kulturarbeit vorübergehend in besonderer Weise Berücksichtigung finden könnte, müsste weiter erörtert werden. (Anlage 4)

Bereits in der Umsetzung befindet sich ein Teil der Maßnahmen aus dem Bereich der Personalverwaltung (s.o.). Beim Führungskräfteseminar am 01.10.01 werden Frau Grobe (MFJFG), Herr Zwiens (LVD e.V.) und eine Lesbe, die früher in der Stadtverwaltung gearbeitet hat, den Problemkreis umreißen. U.a. auf Basis dieses Seminars sollen konkrete Maßnahmen erarbeitet werden.

Die Anwesenden verständigen sich, sich am 23.10.01 um 16.00 Uhr zum nächsten Termin des Runden Tisches zu treffen. Bis dahin werden die beteiligten Fachbereiche der Stadtverwaltung den vorliegenden Entwurf eines Maßnahmekatalogs mit der Ergänzung von Schibsel sichten und – soweit möglich – operationalisieren. Das Ergebnis finden Sie in der Anlage 5.

**Zu 5.:**

Die Erstellung eines Verzeichnisses schwul-lesbischer Literatur scheidet aktuell an der Finanzierung einer damit befaßten Honorarkraft.

Angedacht im Slado wurde aufgrund der räumlichen Enge im Langen August und zur Schaffung von Synergieeffekten, ein gemeinsames Haus für die verschiedenen schwul-lesbischen Selbstorganisationen zu erwerben. Bei der Suche nach einer geeigneten Liegenschaft und zur Finanzierung dieses Vorhabens soll das Büro des Sozialdezernenten unterstützend tätig werden. Seitens des Slado ist Herr Alex Ansprechpartner.

Erstmals wurden die Auszubildenden in der Stadtverwaltung über das Thema „Homosexualität“ informiert.

C. Vollmer